



**Niederschrift über die
Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.12.2019**

Ort: im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen, Alter Postplatz 10 in 71332 Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder:

Kreisräte/innen:

Gomolzig

(CDU)

Jud, Knödler

(Freie Wähler)

Bayer, Bühle

(Grüne)

Gruber-Seibold

(SPD)

Maier

(AfD)

Stv. Ausschussmitglieder:

Sczuka

CDU

Payr

(FDP-FW)

Entschuldigte Ausschussmitglieder:

Jenner-Wanek

(CDU)

Goll

(FDP-FW)

Die Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege

Trautner, Windmüller, Lenz, Waizel

Die stv. Vertreter/innen der Jugendverbände und der Verbände der freien Wohlfahrtspflege

Huttelmaier

Die beratenden Mitglieder:

Krauß, Dagenbach, Puschina, Keidel

Die stv. beratenden Mitglieder:

Breitenstein

Entschuldigte Mitglieder:

Rall, Rook, Dippon, Dr. Reuter,
Schanbacher

Ferner:

Erster Landesbeamter Dr. Zaar

Finanzdezernent Schäfer

Sozialdezernentin Böhm

Jugendamtsleiter Gläss

(Top 1-5, 7)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin:

Kreishauptsekretärin Geprägs

Beginn der öffentlichen Sitzung 09:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 11:33 Uhr

§ 1Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2020Drucksache 2019/165

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass der Schwerpunkt bei den diesjährigen Beratungen bei der Aufarbeitung der steigenden Zahlen liege sowie beim Thema Steuerung und Controlling.

Herr Gläss, Leiter des Kreisjugendamtes, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man sich große Mühe gegeben habe, die Steigerungen der Kosten anschaulich zu erklären.

Kreisrätin Gruber-Seibold betont, dass man die gute Aufstellung und Strukturierung des Kreisjugendamts auch der guten Leitung durch Herrn Gläss zu verdanken habe.

Kreisrat Maier erkundigt sich, ob der Trend der Inobhutnahmen allgemein sinke und im Rems-Murr-Kreis eher ansteige. Außerdem möchte er wissen, ob es eine Statistik hierüber gebe, in der die UMAs (unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer) herausgerechnet seien.

Herr Gläss erklärt, dass man bundesweit, auch wenn die UMAs herausgerechnet seien, eine Steigerung bei den Inobhutnahmen verzeichnen könne. In der Hochschule Dortmund gebe es ein Institut, das Statistiken aus der Jugendhilfe aufarbeite. In einer der neuesten Statistiken seien auch die Zahlen ohne UMAs abgebildet. Der langfristige Trend bestätige jedoch eine deutliche Steigerung, sowohl im Kreis als auch auf Bundesebene.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zugrundeliegenden Haushalts- und Zuschussanträge.

Herr Gläss erläutert den zur Beratung vorliegenden Haushaltsantrag der Verwaltung für das Modellprojekt „Jugendhilfe an Schulen“.

Die bisherigen Angebote im Rahmen der Projekte „BICO“ und „Achtung“ seien nicht zufriedenstellend gewesen. Zum einen hätten mit den finanziellen Mitteln nur relativ wenige Kinder von den Angeboten profitieren können, zum anderen sei man nicht zufrieden damit gewesen, einzelne Kinder aus dem System herauszutrennen. Eine Neukonzeption mit den Trägern sei jedoch nicht gelungen. Deshalb wolle man nun neue Modelle ausprobieren.

Kreisrat Sczuka bekundet seine volle Unterstützung für die geplante Vorgehensweise. Er möchte wissen, ob die Konzeptionen der bisherigen Projekte nochmal überarbeitet werden und wie man die Träger von den Aufgaben überzeugen könne.

Kreisrätin Bührlle findet es eine gute Idee, die Jugendhilfe in die Schularbeit zu integrieren. Sie erhoffe sich dadurch, dass Weichen gestellt werden können, um die Hemmschwellen zwischen Jugendhilfe und Eltern sowie Schule und Jugendhilfe zu senken.

Herr Gläss erklärt, dass keine Überarbeitung der Konzeptionen zu „BICO“ und „Achtung“ vorgesehen, sondern das Projekt aus Sicht des Jugendamtes beendet sei. Man wolle mit den neuen Modellen eng mit der Schulsozialarbeit zusammenarbeiten und habe vor, im Januar 2020 allen interessierten Trägern die Rahmenbedingungen mitzuteilen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig über den Antrag des Kreisjugendamts:

Die bis einschließlich 2019 im Haushalt eingestellten Mittel für die beiden Projekte „BICO“ und „Achtung“ in Höhe von 25.000 EUR sollen ab 2020 in das Modellprojekt „Jugendhilfe an Schulen“ fließen. Die einzelnen Bausteine des Projekts sollen an freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe vergeben werden. Im Haushaltsplan 2020 werden 25.000 EUR für das Modellprojekt „Jugendhilfe an Schulen“ bereitgestellt.

§ 1.1Erhöhung des bestehenden Personalkostenzuschusses bei der BodenwaldschuleDrucksache 2019/1-07

Herr Windmüller ist bei dem Haushaltsantrag der Paulinenpflege befangen und zieht sich von der Beratung und Beschlussfassung in den Zuhörerraum zurück.

Kreisrat Maier möchte wissen, wo die große Steigerung bei den Personalkosten seit dem letzten Beschluss herrühre.

Herr Gläss bestätigt, dass die Personalkosten bei der Paulinenpflege im normalen Bereich seien und die Erhöhung den Tarifverträgen geschuldet sei.

Kreisrätin Gruber-Seibold möchte wissen, ob die Neuausschreibung durch die Paulinenpflege ohne den Zusatz, der Bewerber müsse Mitglied in der Kirche sein, erfolgen werde.

Herr Gläss teilt mit, dass er nicht genau wisse, wie die Paulinenpflege die Stelle ausschreibe, das Landratsamt aber auch keine Möglichkeit habe, die Formalitäten vorzuschreiben.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die Ausschreibungsformalitäten der Diakonie Stetten erst kürzlich geändert worden seien. Bei der Paulinenpflege wisse es jedoch auch nicht sicher.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig über den Antrag der Paulinenpflege Winnenden e. V.:

Der Zuschuss zur Finanzierung der Sozialpädagogischen Betreuung und Förderung an der Bodenwaldschule im Umfang von 6,75 VK-Stellen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2020 auf Basis der tatsächlichen Ist-Personalkosten. Hierzu erbringt die Paulinenpflege Winnenden e.V. dem Kreisjugendamt jährlich einen entsprechenden Nachweis. Der Planansatz des Haushaltsjahres 2020 wird um 94.500 Euro auf 472.500 Euro erhöht.



Niederschrift **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** am 02.12.2019

Seite 5

Öffentlich

Auszüge:

Kreisjugendamt

§ 2Sachstandsbericht Controlling und BerichtswesenDrucksache 2019/193

Landrat Dr. Sigel führt aus, dass das Kreisjugendamt aus einer schwierigen strukturellen Lage komme, sowohl personell als auch organisatorisch. Zwischenzeitlich habe man viel Arbeit in das Jugendamt investiert und das zentrale Controlling neu aufgegleist. Dies sorgte für eine lösungsorientierte Arbeit.

Herr Gläss erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Gruber-Seibold bedankt sich für den transparenten Einblick in die Daten und Zahlen zu allen wesentlichen Faktoren und betont, dass die Jugendhilfe eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe sei.

Kreisrat Sczuka regt an, zukünftig auch über die Dauer bis zu Interventionen zu berichten. Dadurch könnten Hemmschwellen gesenkt werden, die bei dem Gedanken an eine Meldung beim Jugendamt entstehen. Er möchte außerdem wissen, wie schnell die Hilfe generell bei den Kindern ankomme.

Herr Gläss begrüßt die Idee, über die Dauer bis zur Intervention Durchschnittswerte zu erfassen. In internationalen Vergleichen schneide Deutschland diesbezüglich sehr gut ab. Weiter teilt er mit, dass die übliche Vorgehensweise bei Meldungen sei, dass sich direkt nach dem Anruf zwei Personen des Kreisjugendamtes zur Örtlichkeit begeben. Zunächst werde dann beurteilt wie dringlich oder komplex die Problematik sei, woraus sich die weiteren Maßnahmen ergeben.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht Controlling und Berichtswesen zur Kenntnis.

Niederschrift **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** am 02.12.2019

Seite 7

Öffentlich

Auszüge:

Kreisjugendamt

Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling

§ 3Berichterstattung KindertagesbetreuungDrucksache 2019/194

Landrat Dr. Sigel berichtet, dass man sich derzeit in einer Experimentierphase befinde. Aufgrund der enormen Steigerung der Kinderzahlen- und Kosten und der großen Bedeutung des Themas habe man sich für eine Berichterstattung über die aktuelle Lage der Kindertagesbetreuung entschieden.

Herr Gläss erläutert die der Beratung zugrundeliegende Drucksache. Er führt aus, dass die Kindertagesbetreuung in erster Linie Aufgabe der Kommunen sei, die in den nächsten Jahren eine herausfordernde Arbeit darstelle. Statistiken zufolge würden in den westlichen Bundesländern bis zum Jahr 2025 eine Million Kinderbetreuungsplätze fehlen. Dafür seien neben steigenden Geburtenzahlen und der Zuwanderung auch der steigende Platzbedarf aufgrund veränderter Inanspruchnahme (mehr Kinder und längere Betreuungszeiten) ursächlich. Auch wenn die Aufgabe an die Kommunen delegiert sei, liege die Gesamtverantwortung dennoch beim Kreis, denn auch der Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze richte sich gegen den Landkreis. Man wolle daher die Kommunen politisch und praktisch unterstützen. Es seien gravierende und weitreichende Fragen offen über die zukünftige Bewältigung der gestiegenen Ansprüche. Daraus folge auch der Vorschlag, regelmäßig im Jugendhilfeausschuss oder der Bürgermeisterkreisversammlung über die aktuelle Lage zu berichten.

Landrat Dr. Sigel betont, dass es nicht Ziel der Verwaltung sei, einzelnen Kommunen Vorwürfe zu machen, sondern den Blick aufs Ganze zu richten und alle Akteure zusammenzubringen.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Über die Situation der Kindertagesbetreuung im Rems-Murr-Kreis soll ab dem Jahr 2020 jährlich im Jugendhilfeausschuss berichtet werden.
2. Die Berichterstattung soll sowohl die Kindertagesbetreuung in Einrichtungen, als auch die Kindertagespflege abbilden.



Niederschrift **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** am 02.12.2019

Seite 9

Öffentlich

Auszüge:

Kreisjugendamt

§ 4Sachstandsbericht unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (UMA) im Rems-Murr-KreisDrucksache 2019/191

Herr Gläss erläutert die der Beratung zugrundeliegende Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass die Zusammenarbeit mit den Kommunen ein wichtiger Faktor sei. Die Verantwortungsübergabe an die kommunale Seite sei reibungslos verlaufen. Grundsätzlich sei man hier gut unterwegs, jedoch würden auch die Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen stehen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

Kreisjugendamt

§ 5Bericht aus dem Fachbeirat Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention (DeRex)Drucksache 2019/192

Landrat Dr. Sigel verweist auf die im letzten Ausschuss beschlossene Besetzung des Fachbeirates. Zwischenzeitlich habe das erste Treffen stattgefunden, welches seiner Einschätzung nach sehr konstruktiv verlaufen sei.

Herr Gläss erläutert, dass man sich nach den großen politischen Diskussionen rund um den Fachbeirat dazu entschlossen habe, über den Verlauf und die Themen der ersten Sitzung im Jugendhilfeausschuss zu berichten. Die Sitzung sei vor allem dazu genutzt worden, die Arbeit des Beirats vorzustellen und die Erwartungen der Mitglieder abzufragen. Es sei deutlich geworden, dass die Fachstelle im Landkreis bekannt sei und gut angenommen werde und somit auch ausgelastet sei. Die Bedarfe und Anfragen würden zur Ausrichtung der Fachstelle passen.

Er informiert anschließend den Ausschuss über die anstehende Elternzeit von Frau Großhans und teilt mit, dass das Bewerbungsverfahren bereits laufe. Der Wegfall von Frau Großhans stelle einen großen Wissensverlust dar und man hoffe, noch vieles an die Nachfolge weitergeben zu können.

Landrat Dr. Sigel ergänzt, dass man weiterhin im Jugendhilfeausschuss berichten werde, sofern für die Politik und Öffentlichkeit wichtige Themen im Fachbeirat behandelt werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht aus dem Fachbeirat für Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention (DeRex) zur Kenntnis.

Auszüge:

Kreisjugendamt

§ 6Änderung bei den stellvertretenden Vorsitzenden des JugendhilfeausschussesDrucksache 2019/186

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass sich in der Drucksache 2019/129 ein redaktioneller Fehler eingeschlichen habe, aufgrund dessen man den Beschluss aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 16. September 2019 nun richtigstellen müsse.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Kreisrätin Gislind Gruber-Seibold wird zur 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gewählt.

Auszüge:

Stabsstelle Kreistagsgeschäftsstelle

§ 7Verschiedenes

1. Herr Gläss informiert den Jugendhilfeausschuss darüber, dass die geplante Klausur am 20. Januar 2020 stattfinden werde. Man habe beschlossen, hierfür die Räumlichkeiten des SOS Kinderdorfs in Schorndorf zu nutzen. An der Klausur teilnehmen dürfen alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sowie deren Stellvertreter/innen.
2. Herr Gläss berichtet über den Aktionstag EU-Kinderrechte, welchen das Landratsamt am 20. November 2019 organisiert habe sowie über das 10-jährige Jubiläum der Fachstelle „Frühe Hilfen“. Die Resonanz zu den Anlässen sei überwältigend gewesen. Bilder und Eindrücke vom Aktionstag seien auch auf der Homepage des Landratsamtes einsehbar.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Lea Geprägs